

Die Schulklasse 8D

oder
die mörderische Frage,

**wer
30 Artikel
erwürgt.**

**Grundlagen, die jeder
deutsche Staatsbürger
auswendig kann!**

Oder doch nicht?

Band 1

Vorwort

Die Schulklasse 8D

Das Grundwissen ist derartig bedeutsam,
daß dies jedem Schüler spätestens ab
der 8. Jahrgangsstufe vermittelt werden sollte.

Wie unser deutscher Staat korrekt heißt,
Was die BRD ist und
Wo unsere Landesaußengrenzen liegen.

Dies wird wie jedes Jahr (*auch 2008*)
z. B. an den Schweizer Schulen
gelehrt.

Soll dieses Wissen in "Deutschland" überhaupt jemand haben
oder offen darüber reden dürfen?

Die nachfolgenden Seiten sollten Ihnen helfen,
die Situation in "Deutschland" richtig einzuschätzen.

Die dargelegten Fakten sind nicht interpretationsfähig!

*Das angesprochene Grund-Wissen kennt jeder
deutsche Staatsbürger auswendig!*

Oder doch nicht ?

So haben Sie hier die Gelegenheit,
dies gründlich nachzuholen.

Alle originalen Zitate sind in der jeweiligen Themenfarbe und in der Schriftart **Times New Roman (Größe 10pt)** dargestellt.

In der Broschüre stoßen Sie immer wieder auf den Wortlaut:

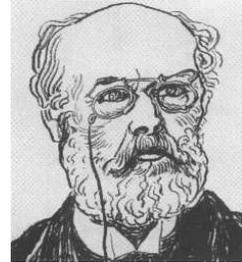
dem oder *das Bundesrepublik Deutschland.*

Dies ergibt sich aus der Tatsache,
daß das Bundesrepublik Deutschland
ein Verwaltungsorgan (Subjekt) ist .

-  Staatsangehörigkeit
-  Deutschland
-  Gesetze
-  Ausweise
-  Geld
-  Diktaturbeweis



Die deutsche Rechtschreibung



Konrad Duden

Förderer der deutschen Einheitsrechtschreibung
geb. 3. Januar 1829 auf Gut Bossigt bei Wesel
gest. 1. August 1911 in Sonnenberg bei Wiesbaden

Der DUDEN Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache

Deutsche Einheitsrechtschreibung von 1901,
auf die sich Deutschland, Österreich und die Schweiz
verbindlich einigten.

Warum gibt es eine "Neue deutsche Rechtschreibung"?

Die "Alte deutsche Rechtschreibung" ist eine
gültige Amtschreibung.

Noch heute wird in amtlichen Schreiben
z. B. Gerichtsurteile,
die "Alte deutsche Rechtschreibung" angewandt.

Die "Alte deutsche Rechtschreibung" ist eine gültige Norm.

Ausländische Ämter, die deutsche Ämter in DEUTSCH anschreiben,
müssen diese Norm anwenden.

Das BRD bezweckt mit der
"Neuen deutschen Rechtschreibung",
daß die heranwachsende Jugend nicht in der Lage ist,
ordnungsgemäßes ein amtliches Schreiben
aufzusetzen.

Genau genommen, dürfen Lehrer die
"Neue deutsche Rechtschreibung" nicht lehren,
und angewandte "Alte deutsche Rechtschreibung" nicht rügen.

**Resultat:
"Schleichende Volksgeistesarmut"**



Staatsangehörigkeitsrecht

4. Auflage

Verlag C.H. Beck
München 2005

ISBN: 3406515428

von:

Prof. Dr. Hailbronner / Universität Konstanz
Prof. Dr. Renner / Vors. Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a.D.

Zitat / Seite 203 bis 204

I. Deutsche Staatsangehörigkeit und Wiedervereinigung

1. Verfassungsrechtliche Grundlagen

Grundgesetz u. DDR-Verfassung von 1949. Das GG hat **keine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland** geschaffen, sondern hält an der deutschen Staatsangehörigkeit (*Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913*) fest, wie sich aus den Vorschriften der Artikel 16 und Artikel 116 GG ergibt.

Im Parlamentarischen Rat wurde eine sogenannte Bundesangehörigkeit ausdrücklich abgelehnt (*Parl. Rat HA Stern. Berichte S 537f.580; JöR nF Bd I (1951), S 160ff; Stern, Staatsrecht Bd I S. 260; Doehring, Staatsrecht S. 92f*). **Es gibt daher auch keine "Bundesangehörigkeit", aus der sich Rechte und Pflichten von "Bundesbürgern" ableiten ließen.**

Artikel 73 Nr. 2 GG aus dem Kompetenzkatalog der ausschließlichen Bundesgesetzgebung spricht zwar von der "Staatsangehörigkeit im Bunde", dieser Formulierung ist aber im Zusammenhang mit dem nunmehr aufgehobenen Artikel 74 Nr. 8 GG ("*Staatsangehörigkeit in den Ländern*") und der verfassungsrechtlichen Möglichkeit der Wiedereinführung des früheren dual-föderativen Systems (*Reichs und Landesangehörigkeit bis zur Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934*) zu sehen (*Stern, aaO; Grawert, in: Handbuch Bd I S.681; Badura, Staarecht LRn 24*); **mit der "Staatsangehörigkeit im Bunde" ist die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913) gemeint.**

Merke!

Es gab und gibt keine "Bundesangehörigkeit", aus der sich Rechte und Pflichten von "Bundesbürgern" ableiten lassen.

Antrag auf Einbürgerung eines "DDR Bürgers" vom 24. November 2005

Antwort:
Landkreis Demmin,
der Landrat

1. März 2006 / Zeichnr. 33.30.20
Ordnungsamt
Frau Affeldt
Zimmer 319

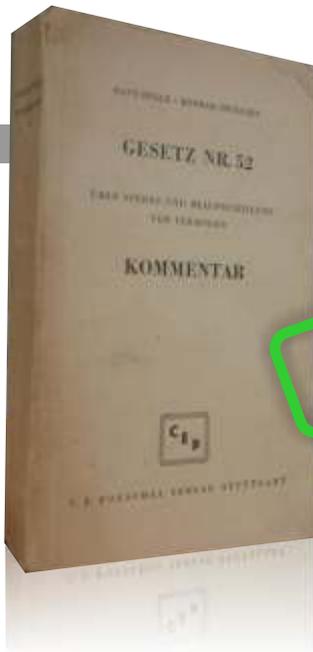
Zitat / Blatt 1, Seite 1

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Die Bundesrepublik Deutschland hat am Fortbestand einer für alle Deutschen gemeinsamen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (*RuStAG jetzt StAG*) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, daß es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

Merke!

Es gibt keine Staatsangehörigkeit "Bundesrepublik Deutschland".



Definition Deutschland

Gesetz Nr. 52
über Sperre und Beaufsichtigung
von Vermögen

Herausgegeben unter der Lizenz Nr. US-W-1025

Auflage 5.000 / Juni 1947

von:

Dr. Dölle / *Prof. der Rechte an der Universität Tübingen u.
Direktor des Kaiser-Willhelm-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht*

Dr. Zweigert / *Oberregierungsrat im Staatssekretariat für die französisch besetzte Zone,
Dozent an der Universität Tübingen und Referent am Kaiser-Willhelm-Institut für
ausländisches und internationales Privatrecht*

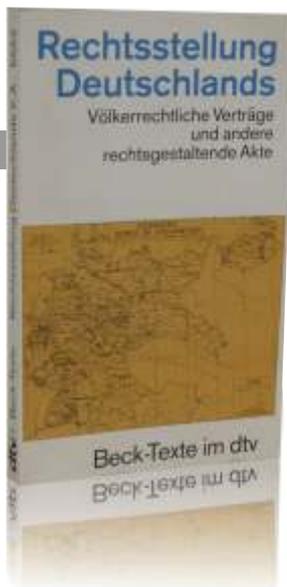
Zitat / Seite 2 und 3

I. Völkerrechtliche Grundlagen des Gesetzes Nr. 52

Da es in den von den alliierten Streitkräften besetzten Orten der westlichen Zone noch vor der endgültigen Einstellung der Kampfhandlungen von der jeweils örtlichen zuständigen Militärregierung verkündet worden ist, ist es ursprünglich ein Gesetz der westlichen Besatzungsmächten für das von ihnen besetzte Gebiet Deutschlands, **wobei unter Deutschland nach der Legaldefinition des Gesetzes Nr. 52 (Art. VII 9e) nur das Gebiet des Deutschen Reiches nach seinem Bestand vom 31. Dezember 1937 zu verstehen ist.**

Merke!

Mit "Deutschland" ist offiziell das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31.12.1937 gemeint. Nicht die BRD.



Definition Deutschland

Rechtsstellung Deutschlands
2., erweiterte Auflage
Stand: August 1989

ISBN 340633691 4 (C. H. Beck)

Zur Rechtsstellung der deutschen Gebiete außerhalb der BRD und der DDR

Zitat / Seite 25 Absatz 1

Nach dem Willen der Siegermächte sollten alle Gebietserwerbungen Deutschlands aus dem Jahre 1938 und den folgenden Jahren nicht gelten. Im Protokoll über die Besatzungszonen von 1944 (Text Nr. 3) wird von Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gesprochen. Von dem deutschen Gebiet in den Grenzen von 1937 wurde das Gebiet Nordostpreußen nach Teil VI, die übrigen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie nach Teil IXb der Mitteilung über die Potsdamer Konferenz (Text Nr. 6) aus der Sowjetischen Besatzungszone herausgenommen. Nordostpreußen wurde der Sowjetunion übergeben, und Großbritannien und die USA verpflichteten sich, diese Regelung bei einer Friedensregelung zu unterstützen. **Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wurden bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenzen Polens auf der Friedenskonferenz unter die Verwaltung Polens gestellt.** Die USA wie auch die BRD vertreten insbesondere zu den Oder-Neiße-Gebieten die Auffassung, **diese Gebiete seien nur unter Fremdverwaltung gestellt, über sie werde erst in einem Friedensvertrag entschieden.**

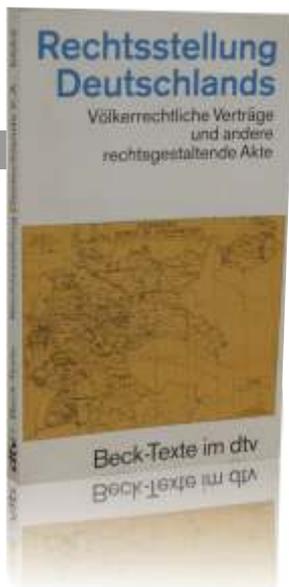
Merke!

“Deutschland” ist noch heute in der UN Charta unter der Feindstaatenklausel gelistet.
!Es existiert kein Friedensvertrag!

Anhang Karte “A”

Seite 272 und 273; Anhang zum Protokoll zwischen den USA, Großbritannien und der UdSSR vom 12.09.1944
Die Zuweisung einer Besatzungszone an Frankreich wurde später beschlossen.





Definition Deutschland

Rechtsstellung Deutschlands
2., erweiterte Auflage
Stand: August 1989

ISBN 340633691 4 (C. H. Beck)

Zum Fortbestand des deutschen Staates in der Nachkriegszeit

Zitat / Seite 14 Absatz 3

Die **Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen** geschah in den Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland, das von der von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion gebildeten Europäischen Beratenden Kommission in London am 12. September 1944 verabschiedet und nach einer Änderung bei dem Hinzutreten Frankreichs am 26 Juli 1945 neu gefaßt wurde (Text Nr. 3). Es ist deutlich nur als **Aufgliederung zu Besatzungszwecken und nicht als Grenzbestimmungen für auf deutschem Boden** zu errichtende Staaten formuliert worden.

Seite 16 Absatz 2

Nach Völkerrecht berühren selbst erhebliche Veränderungen die Identität eines Staates als Rechtsperson nicht. So bliebe **das Deutsche Reich mit sich identisch**, auch wenn es am Ende des Ersten Weltkrieges die Staatsform von der konstitutionellen Monarchie zur Republik wechselte.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 zur Rechtslage Deutschlands

Zitat / Seite 53 und 54; Absatz 2, Zeile 3

..., daß **das Deutsche Reich** durch den Zusammenbruch vom Jahre 1945 **als Staats- und Völkerrechtssubjekt nicht untergegangen ist**. Schon die Vorarbeiten zum Grundgesetz waren von dem Gedanken beherrscht, daß alles vermieden müsse, was geeignet sei, die Spaltung zwischen Westdeutschland und der sowjetischen Besatzungszone zu vertiefen, **und daß es sich nicht darum handele, einen neuen westdeutschen Staat zu errichten, sondern lediglich darum, einen Teil des einheitlichen Staates neu zu organisieren**. Immer wieder ist während der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates auf den Übergangscharakter der grundgesetzlichen Ordnung (GG) hingewiesen worden.

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Protokoll) Potsdam 2. August 1945

Zitat / Seite 23 Teil III

Alliierte Armeen führen die Besatzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit **offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat**.

Merke!

Obwohl Alliierte Armeen das deutsche Volk haben büßen lassen und dies auch noch heute tun, hat sich die deutsche Mentalität nicht geändert. Das deutsche Volk gehorcht immer noch blind und billigt ohne zu hinterfragen bzw. zu handeln.



Gelöscht

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

(Achtung: Nicht "von" sondern "für" die)

Abgeordneter Dr. Carlo Schmid (SPD) im Parlamentarischen Rat am 8. September 1948
"Das Grundgesetz ist keine Verfassung!"

Definition Grundgesetz

Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem durch Kriegshandlung besetzten Gebiet. Gegeben **von** der Siegermacht (*oder den Siegermächten*), **für** das auf Zeit eingesetzte Verwaltungsorgan (*BRD*). **Ein Grundgesetz ist definitiv keine Verfassung** und darf als solches nicht mit einer Verfassung gleichgestellt werden. Die Unterschiede beider Begriffsbestimmungen kann gar nicht unterschiedlicher sein.

1990

Mit der Zusammenlegung der West- und Mittelsektoren (*Herbst 1990*), wurde **vor** der Zusammenlegung durch die Siegermächte der Geltungsbereich des besatzungsrechtlichen Mittel (*GG für die BRD*) am 17. Juli 1990 mit Wirkung zum 18. Juli 1990, aufgehoben (*Artikel 23 GG*). Seit 18. Juli 1990 besitzt das "GG für die BRD" keinen Geltungsbereich und ist folgerichtig juristisch (*de jure*) erloschen.

Der Ungültigkeit des GG wird keine Abhilfe geschaffen, auch wenn ein Geltungsbereich durch eine "Bundesregierung" in einer Präambel der GG-Leiche notiert wird. **Die Präambel ist nicht wichtig, sie besitzt keinerlei Rechtserheblichkeit.**

Definition Präambel

- **Vorspruch, den eigentlichen Vertrags- und Gesetzestext vorangestellt, unmittelbare Rechtserheblichkeit wird der Präambel nicht beigemessen** (*Creifeld's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H.Beck München 2002*)
- Vorrede (*Duden von 1924*)
- Vorspruch, Eingangsformel (*Meyer Taschenlexikon 1966*)
- feierliche Einleitung; Vorrede

Anmerkung:

Dem Deutschen Reich wurde **kein** Grundgesetz aufgezwungen, sondern lediglich dem durch die Militärregierung eingesetzten **Verwaltungsorgan zur Verwaltung für die drei Westsektoren, genannt "Bundesrepublik Deutschland"**.

Korrechterweise muß es lauten:

"Das Bundesrepublik Deutschland" oder "... dem Bundesrepublik Deutschland"

Merke!

Das GG ist seit 17.07.1990 aufgehoben. Ein GG ist keine Verfassung.



Die Verfassung des Deutschen Reichs

vom 11. August 1919

“Den Schülern und Schülerinnen
zur Schulentlassung”

Herausgegeben Berlin 1920
Gedruckt in der Reichsdruckerei

Definition Verfassung

Eine Verfassung wird vom Volk in freier geheimer Wahl gewählt. Die Verfassung entsteht vom Volke aus. Im Rechtssinne ist die Verfassung eines Staates der Inbegriff der geschriebenen oder ungeschriebenen grundlegenden Rechtssätze über Organisation und Funktionsweise der Staatsgewalt und die Rechtsstellung des Einzelnen.

Zitat / Seite 4

Einführung in die Reichsverfassung

Die republikanische Reichsverfassung wurde am 14. August im Reichsgesetzblatt vom 11. August 1919 verkündet.

Vor Bürgerkrieg und Reichszerfall konnte sich das deutsche Volk nur retten, indem es **seine** Verfassung fest auf den Boden der Demokratie begründete, die keine Klassenherrschaft und keine Untertänigkeit kennt.

Merke!

Die Reichsverfassung von 1919 besitzt volle Gültigkeit. Sollte jedoch vor erneuter Wahl gründlich überarbeitet werden.



An dieser Stelle ist alles zur

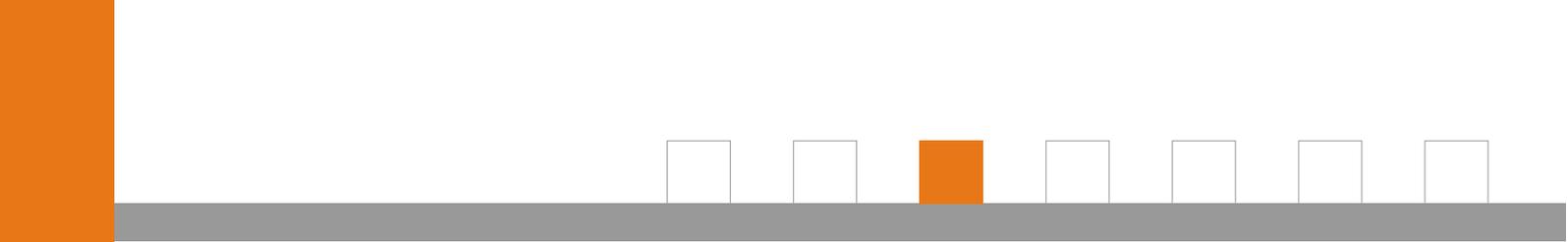
- deutschen Staatsangehörigkeit,**
- zum Verwaltungsorgan BRD,**
- zum Grundgesetz für die BRD,**
- und zur "Bundesangehörigkeit"**

gesagt.

**Eigentlich bedarf es zur Situation in "Deutschland"
keine weitere Erläuterungen.**

**Für die Untermauerung der juristisch einwandfreien Rechtslage,
erhalten Sie auf den folgenden Seiten weitere "Augenöffner".**

**Auf den letzten Seiten dieser Broschüre
sind abnorme Rechtfertigungen
der "BRD - Bewahrer" gesammelt.**



Achtung !

Eine “-ordnung” ist kein Gesetz.

Eine Zivilprozeß-, Strafprozeß- oder Hausordnung ist ein Regelkomplex, das nur in Verbindung mit einem Vertrag oder mit einem Gesetz rechtsverbindlich wird.

***Mietvertrag > Hausordnung,
Einführungsgesetz > Zivilprozeßordnung***

Wird der Vertrag oder das Gesetz unwirksam, oder besitzt ein Gesetz keinen Geltungsbereich, hat dies eine direkte Auswirkung auf die daran gebundene “-ordnung”.

Die “-ordnung” verliert ihre Rechtsverbindlichkeit und ist mit sofortiger Wirkung nichtig.

Ansonsten müßte es lauten z.B.:

Zivilprozeßordnungsgesetz



Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung und Löschung der BRD Zivilprozeßordnung

Das **Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung (ZPOEG)** vom 30. Januar 1877 enthält neben einigen Randvorschriften auch den Geltungsbereich der Zivilprozeßordnung (**ZPOEG § 1**).

ZPOEG § 1

Die Zivilprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs
gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

> Stand vom 16. August 2005 / Bundesgesetzblatt der "BRD" (BGBl. I S. 2437).

Das Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung regelt auch nach 1949 mit der eingesetzten "Bundesregierung", daß Fortbestehen der Reichsgesetze für Deutschland als Ganzes (**ZPOEG § 13**) und daß Gesetze des Deutschen Reiches zugleich die höherstehende Gesetzgebung ist. Dieser Hinweis war notwendig, solange das GG einen Geltungsbereich hatte. Reichsrecht steht über Bundesrecht/ August 2005.

ZPOEG § 13

(1) Die prozeßrechtlichen Vorschriften der Reichsgesetze werden
durch die Zivilprozeßordnung nicht berührt.

> Stand vom 16. August 2005 / Bundesgesetzblatt der "BRD" (BGBl. I S. 2437).

Späte Einsicht der BRD-Regierung auf Druck der Siegermächte, 2006:

Erstes Gesetz

**über die Bereinigung von Bundesrecht
im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz**
Vom 19. April 2006, Bundesgesetzblatt 866, Jahrgang 2006 Teil I Nr. 18,
ausgegeben zu **Bonn am 24. April 2006** (zu Bonn?)

Artikel 49

Änderung des Einführungsgesetzes zur Zivilprozeßordnung

Das Gesetz betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung in der im
Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten
Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 16. August 2005
(BGBl. I S. 2437), wird wie folgt geändert:

1. Die §§ **1, 2, 13, 16 und 17 werden aufgehoben.**

Ausgegeben zu Bonn im Jahre 2006? Stimmt, es heißt ja auch Bonner Republik.

Anmerkung:

Seit spätestens 24. April 2006 besitzt die "BRD Zivilprozeßordnung" keinen Geltungsbereich (**ZPOEG § 1**). Daraus resultierend mußte auch **§ 13 des ZPOEG** aufgehoben werden. Ein Hinweis zur Reichsgesetzgebung ist nicht mehr aufrecht zu halten.

Merke! Die BRD-Zivilprozeßordnung wurde aufgehoben



Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung und Löschung der BRD Strafprozeßordnung

Das **Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung** (*StPOEG*) vom 01. Februar 1877 enthält neben einigen Randvorschriften auch den Geltungsbereich der Strafprozeßordnung (*StPOEG* § 1).

StPOEG § 1

Die Zivilprozeßordnung tritt im ganzen Umfang des Reichs
gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

> Stand vom 12. August 2005 / Bundesgesetzblatt der "BRD" (*BGBI. I S. 2360*).

Das Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung regelt auch nach 1949 mit der eingesetzten "Bundesregierung", daß Fortbestehen der Reichsgesetze für Deutschland als Ganzes (*StPOEG* § 5) und daß Gesetze des Deutschen Reiches zugleich die höherstehende Gesetzgebung ist. Dieser Hinweis war notwendig, solange das GG einen Geltungsbereich hatte. Reichsrecht steht über Bundesrecht/ August 2005

StPOEG § 5

(1) Die prozeßrechtlichen Vorschriften der Reichsgesetze werden
durch die Strafprozeßordnung nicht berührt.

StPOEG § 11

Übergangsregelung zum Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse
(2) Für die nach dem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz erhobenen und verwendeten Daten
finden ab dem 1. November 2005 die Regelung der Strafprozeßordnung Anwendung.

> Stand vom 12. August 2005 / Bundesgesetzblatt der "BRD" (*BGBI. I S. 2360*).

Späte Einsicht der BRD-Regierung auf Druck der Siegermächte, 2006:

Erstes Gesetz

**über die Bereinigung von Bundesrecht
im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz**
Vom 19. April 2006, Bundesgesetzblatt 866, Jahrgang 2006 Teil I Nr. 18,
ausgegeben zu **Bonn am 24. April 2006**

Artikel 67

Änderung des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung

Die §§ 1 und 5 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung
in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1,
veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom
12. August 2005 (*BGBI. I S. 2360*) geändert worden ist,
werden aufgehoben.

> Ausgegeben zu Bonn im Jahre 2006? Stimmt, es heißt ja auch Bonner Republik.

Anmerkung:

Das **Einführungsgesetz zur StPOEG von 1877** wird stetig aktualisiert (DNA-Analyse 2005) und ist die Grundlage für die StPO. Seit spätestens 24. April 2006 besitzt die "BRD Strafprozeßordnung" keinen Geltungsbereich (*StPOEG* § 1). Daraus resultierend mußte auch § 5 des *StPOEG* aufgehoben werden. Ein Hinweis zur Reichsgesetzgebung ist nicht mehr aufrecht zu halten.

Merke! Die BRD-Strafprozeßordnung wurde aufgehoben



Der Bundespersonalausweis

Personal

Was bedeutet das Wort "Personal" in Bezug auf den Bundes-Personalausweis?

Andere Länder haben einen :

- Personenausweis
- ID-Card

Unbezahlte Mitarbeiter haben einen :

- Volontäerausweis (*siehe Definition Personal*)

Zahlende Mitarbeiter haben einen :

- "Dummkopfausweis"

Definition Personal

Als **Personal** bezeichnet man die zur Realisierung von Geschäftsprozessen eingesetzten, bezahlten Mitarbeiter eines Unternehmens oder einer Behörde. Unbezahlte Mitarbeiter bezeichnet man als Volontäre bzw. ehrenamtliche Mitarbeiter. Mit Personal werden die in jeder Art von Organisation in abhängiger Stellung arbeitenden Menschen bezeichnet, die innerhalb einer institutionell abgesicherten Ordnung eine Arbeitsleistung erbringen.

Der Begriff **Personal** deutet damit auf überindividuelle Ordnungen hin, in denen Menschen nicht beliebig handeln, sondern für übergeordnete Ziele von Organisationen Leistungen erbringen.

Daß es **Personal** gibt, ist Folge arbeitsteiliger Produktion, die über eine institutionelle Ordnung gesteuert wird. Diese Ordnung schlägt sich in Organisationen nieder, die über Strukturen Beziehungen relativ dauerhaft zur Erfüllung von Organisationszielen regeln.

Personal bezeichnet auch die außerhalb des Geschäftsbereichs im Haushalt oder sonstigen, der privaten Lebensführung zuzurechnenden Bereichen, entgeltlich eingesetzten Mitarbeiter.

Zahlreiches **Personal** zur Unterstützung aufwendiger Lebensführung ist regelmäßig ein Merkmal großbürgerlichen Lebensstils.

Anmerkung:

Wer einen **Personalausweis** der Bundesrepublik Deutschland hat, ist Mitarbeiter der selbigen. Jeder ist Personal ohne Gehalt (*außer "Beamte"*) und bezahlt Geld (*Steuern*) an den Arbeitgeber (*BRD*). Deswegen müßte richtigkeitshalber jeder einen "Dummkopfausweis" haben. Nur wäre dies zu offensichtlich.

Merke! Personalausweise haben Mitarbeiter eines Unternehmens oder einer Behörde.



Der Bundespersonalausweis

DEUTSCH

**Bayerisches Innenministerium, Staatsangehörigkeit, Absatz 1, Satz 2 und 3,
Quelle: <http://www.stmi.bayern.de/buerger/staat/staatsangehoerigkeit/detail/05788/>**

Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Warum nicht ?

Ein Unternehmen, kann seinem Personal bzw. seinen Mitarbeitern keine Personal-Ausweise ausstellen, die dem Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit bescheinigen. Dazu ist eine Firma nicht legitimiert.

Definition DEUTSCH

Der Begriff **deutsch** leitet sich vom althochdeutschen *theodisk*, *diutisk* ab, was ursprünglich „**diejenigen, die die Volkssprache sprechen**“ (*germanisch theoda, Volk*) bedeutete, im Gegensatz zu denen, die des Lateinischen mächtig waren. Das Wort "deutsch" weist auf eine Sprache hin, in diesem Fall handelt es sich um die deutsche Sprache. Vergleichbar wäre spanisch.

deutsch = Adjektiv = Wiewort (wie ist man?)

Deutsch oder spanisch sind daher keineswegs als Bezeichnungen für eine Staatsangehörigkeit zu verwenden. Hingegen Deutschland oder Spanien sind Hauptwörter und weisen in einem Reisepaß oder der ID-Card auf eine Staatsangehörigkeit hin. Vergleiche z.B. ID-Card von US Bürgern. Dort heißt es nicht Staatsangehörigkeit "amerikanisch", sondern "United States of America".

Folgerichtig wäre im deutschen Paß zum Eintrag *Staatsangehörigkeit*, das Wort "Deutschland", "Deutsches Reich", "Germany" oder "Germanien" richtig. Jedoch "Bundesrepublik Deutschland" ist grundsätzlich als Staatsangehörigkeitsbezeichnung falsch. Zur Zeiten der "Weimarer Republik" wurde die korrekte Bezeichnung genannt: **Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich**

... oder fragen Sie den Deutschlehrer Ihres Vertrauens.

Anmerkung:

Lassen Sie sich in ÖsterReich oder in FrankReich den Ausweis eines Einheimischen zeigen.

Merke!

"DEUTSCH" ist ein Adjektiv bzw. steht hier für Sprache.



Der Bundespersonalausweis

Die Zeichen

Wer genehmigte solche Torheit, und warum wurde sie genehmigt?

Sind Ihnen die vielen Symbole auf dem Personalausweis aufgefallen?

Der gehörnte Schädel mit der darüber befindlichen Feuerkrone, sind beides Symbole, die sich schon auf alten Darstellungen im Zusammenhang mit Luzifer und Ahriman / Satan finden.

Drehen Sie dieselbe Seite des Ausweises um 180°, so sehen Sie, oben begrenzt von einem Halbkreis, das Phallussymbol, wie es unten in die skizzierte weibliche Scham eindringt.

Auch diese pervertierte Darstellung der geschlechtlichen Vereinigung von Mann und Frau findet sich **in älteren Bildern auf Satans Bauch dargestellt.**

Was ist die offizielle Begründung für diese Zeichen?

Zitat
Bundesdruckerei:

Die Hintergrundgestaltung des Personalausweises ist aus Gründen der Fälschungssicherheit mit Farben und Formen ausgestattet, die keinerlei tiefergehende Bedeutung haben.

Wer genehmigte solche Torheit, und warum wurde sie genehmigt?

Merke!

Bei so aufwendig gestalteten Personalausweisen, wird nichts dem Zufall überlassen.



Die Hoheitszeichen in Bezug auf den BRD Reisepaß und Bundespersonalausweis



4. Das kleine Reichsstempel



5. Das große Reichsstempel

Beide Siegel (Hoheitszeichen) weisen die gleiche Anzahl der Schwingen (Gefieder) auf, sowohl das kleine als auch das große Siegel.

Vergleichen Sie den Reisepaß (BRD) außen mit dem hier gezeigten großen Siegel. Es ist identisch, es ist das echte Hoheitszeichen des Staates Deutsches Reich.

Vergleichen Sie das innere Logo (Adler) mit dem äußeren Siegel des aktuellen BRD-Reisepasses.

Kein Unterschied?

Bitte zählen Sie die Anzahl der Schwingen (Gefieder).

Hier stellt sich schnell die Frage, warum beide nicht identisch sind.

Dies wird auf den folgenden Seiten erläutert.

Merke!

Das Hoheitszeichen Reichsadler, ist nicht das Logo vom Verwaltungsorgan Bundesrepublik Deutschland.



Der Reisepaß von dem Bundesrepublik Deutschland

Sie haben gelernt, daß das Bundesrepublik Deutschland ein Verwaltungsorgan ist. Dieses Verwaltungsorgan hat sein eigenes Logo (kein Hoheitszeichen), einen Adler mit sieben Schwingen (Gefieder). Das dieses Logo im Reisepaß dem echten Hoheitszeichen sehr ähnlich sieht, ist dem Anschein nach so gewollt. Manche nennen auch den Adler vom sogenannten "Deutschen Bundestag", der übrigens im Reichstagsgebäude tagt, die fette Henne.

Zwar wurde das Verwenden des Hoheitszeichen im Inneren des BRD Reisepasses durch Anweisung der Siegermächte verboten, jedoch gibt es immer jemanden der noch ein wenig kreativer ist.

Der Anweisung wurde zumindest Folge geleistet.

Anfrage an die Bundesdruckerei sowie an das Bundesministerium des Inneren,
bezüglich der unterschiedlichen Gestaltung des Adlers
im Reisepaß des Bundesrepublik Deutschland

Zitat:

November 2006

Bundesdruckerei:

Aus technischen Gründen ist dies nicht anders machbar. Für die Gestaltung des Reisepasses ist das Bundesministerium des Inneren zuständig.

Zitat:

Dezember 2007

Bundesministerium des Inneren

Christian Almes:

Der auf dem Reisepass befindliche Bundesadler wurde ursprünglich als Muster für Zierschmuck mit sechs Schwingen (Gefieder) entworfen. Dagegen zeigen die einzelnen Seiten des Reisepasses sowie der Personalausweis den Bundesadler mit sieben Schwingen (Gefieder). Der Bundesadler wird also nicht nur in einer Form geführt, deren Vielfalt bereichert die in ihnen zum Ausdruck gebrachte Präsenz des Staates.

Anmerkung:

Dokumente, Zollpapiere etc., die im Ausland verwendet werden, müssen das echte Hoheitszeichen des Staates Deutsches Reich aufweisen. Ansonsten besteht Ablehnungsgefahr durch ausländische Behörden. Daß das Verwaltungsorgan Bundesrepublik Deutschland juristisch nach der Aufhebung des GG eigentlich gar nichts mehr darf, wird aus wirtschaftlichen Gründen geduldet, so lange das BRD dafür an die UN und an andere bezahlt. Im Volksmund nennt man dies auch Schutz- oder Schweigegeld.

Merke! Im Ausland ist das Originalsiegel, der Reichsadler zu verwenden.



Die kuriose Vermehrung der Schwingen (Gefieder)

! Achtung: Vermehrung nur innen !



Warum? Antwort der Bundesdruckerei: **“... aus technischen Gründen nicht anders machbar”.**



Der, die oder das EURO ?

Wer oder was ist, oder bedeutet "EURO" und wie steht es um das europäische Gemeinschaftszahlungsmittel?

Definition Euro

Euro steht für:

- Euro, das europäische Gemeinschaftszahlungsmittel
- Euro, Abgasnorm-Schadstoffklassen
- Euro, die Fußball-Europameisterschaft (Kurzform)
- Euro, ein deutsches Finanzmagazin
- Euro, Bergkänguru, als australische Bezeichnung
- Euro, *Europäisches RO*, ein Onlinespiel
- Euros, in der griechischen Mythologie der Süd-Ost-Wind

Definitionen Zahlungsmittel

Unter einem Tausch- oder Zahlungsmittel versteht man etwas, das ein Käufer einem Verkäufer übergibt, um Waren oder Dienstleistungen zu erwerben.

Definitionen Währung

Eine Währung (mittelhochdeutsch werunge "Gewährleistung") ist im weitgefaßten Sinne das staatlich geregelte Geldwesen eines Landes, insbesondere die Festlegung des Münz- und Notensystems. Die als "gesetzliches Zahlungsmittel" konzipierte Währung ist innerhalb des Staates in der Regel mit einem "Annahmewang" ausgestattet. Dadurch wird ihr Wert als Zahlungsmittel "gewährleistet".

Die Währung ist die Geldeinheit eines Landes. Der Begriff der Währung wird im allgemeinen Sprachgebrauch unterschiedlich verwendet. Einerseits zielt er auf das hoheitlich geordnete Geldwesen eines Staates einschließlich aller Regelungen zur Sicherung der Geldwertstabilität (Geldverfassung). Andererseits bezeichnet er die Deckungsart des umlaufenden Geldes (z.B. Goldstandard, Papiergeldwährung).

Definition Banknote

Eine Banknote ist ein Geldschein, der von der nach dem Währungsgesetz des Landes berechtigten Bank ausgegeben worden ist und auf einen runden Betrag von Währungseinheiten lautet. Die Banknote ist, entgegen einer verbreiteten Ansicht, kein Wertpapier, sondern ein Zahlungsmittel. Nach dem Währungsrecht besteht nämlich keine Einlöschungspflicht und daher verbriefen Banknoten kein Recht, sondern stellen nur einen Wert dar.

Definitionen Geld

Geld ist ein allgemeiner Maßstab, mit dem die Werte von Lieferungen und Leistungen verglichen werden können. Durch Verbriefung dieser Werte in gegenständlicher Form (z. B. Geldschein oder Münzen) oder dokumentarischer Form (gespeicherte Daten über Bankkonten) wird daraus ein in seinem Verbreitungsraum von einer Gemeinschaft anerkanntes Zahlungsmittel. Ein Zahlungsmittel dient grundsätzlich dem Begleichen von Schulden. Geld ist heute in der Regel spezifisch staatlich organisiert. Name und organisatorische Regeln zusammen werden als Währung bezeichnet.

Das in einer Gesellschaft allgemein anerkannte Tausch- und Zahlungsmittel. Diese traditionelle, an den Geldfunktionen ansetzende Definition, wählt die Tauschmittelfunktion als begriffbestimmendes Merkmal. Für Geld besteht ein Annahmewang, das heißt, daß ein Gläubiger verpflichtet ist, ein gesetzliches Zahlungsmittel als Zahlung anzunehmen. Bei Münzen ist dieser Annahmewang beschränkt und bei Banknoten unbeschränkt. In Deutschland ist bis zum 31.12.2001 die D-Mark gesetzliches Zahlungsmittel.



Der, die oder das EURO ?

In den EU-Richtlinien ist festgelegt, daß die Europäische Notenbank lediglich die Designrechte am Euro besitzt. Wer Euro fälscht, wird wegen Verletzung von Designrechten zur Verantwortung gezogen. Der Geldfälschungsparagraph (*Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht...*) wurde mit der Maßgabe geändert, daß dieser nur noch für die DM gilt.

Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro

Teil III, Übergangsbestimmungen, Artikel 9

Banknoten und Münzen, die auf eine nationale Währungseinheit lauten, behalten ihre Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels innerhalb ihres jeweiligen Gültigkeitsgebiets wie am Tag vor Inkrafttreten dieser Verordnung.

Festgelegte Definition Euro / Verordnung (EG) Nr. 2866/98 des Rates vom 31. Dezember 1998

“Unwiderruflich festgelegter Umtauschkurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedsstaaten.”

Das ist die alleinige Definition für “Euro” der EG Verordnung und niemand hat den kleinen Trick bemerkt. Fast nicht zum Glauben, ist aber so!

Eine echte Banknote hat folgende Merkmale:

- die Staatsangabe als Hoheitsträger
- den exakten Ausgabebetrag
- den exakten Ausgabeort, den Sitz der ausgebenden Notenbank
- zwei Unterschriften (Präsident und ein Stellvertreter)
- die Seriennummer
- die Strafrechtsklausel („Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht...“)
- Sicherheitsmerkmale
- die Wertangabe

Diese Merkmale finden Sie auf Banknoten der alten D-Mark, selbst auf altem DDR-Geld. Damit haftet die ausgebende Bank für dieses Geld und muß bei einer Währungsveränderung jede dieser Banknoten entsprechend annehmen. Deshalb stand auf der Wertangabe z.B. *Sie zahlen gegen diese Banknote 50 Deutsche Mark*, was bedeutet, diese Banknote ist selbst schon nur Geldersatz in DM, aber von der ausgebenden Notenbank durch deren Staat per Gesetzen zu Zwangsgeld (*jedermann ist verpflichtet, es anzunehmen*) geworden, indem es gesetzliches Zahlungsmittel (Währung) ist. Von allen diesen Merkmalen finden Sie auf den Euro- Scheinen eine Zahl und Sicherheitsmerkmale. Die Restlichen Merkmale fehlen.

Der Euro ist ein Designerzahlungsmittel, für den niemand haftet, dessen Wert aus reinem Glauben besteht.

Vergleichen Sie hierzu die aktuelle Schweizer Banknote.

Anmerkung:

Wenn jemand 100 Euro von Ihnen haben möchte, was geben Sie dann? 100 Euro Tickets zur Fußballmeisterschaft? Das Wort EURO ist nicht geschützt. Sie können auch 100 Euro auf ein DIN-A4 Blatt schreiben und dies übergeben, vielleicht mit einem Bild von Ihnen, auf dem Sie nett lächeln.

Merke!

Der Euro ist keine Währung, sondern ein Zahlungsmittel. Auf die bunten Scheine besteht nur Designschutz.



**Sachsen - Anhalt
Oberfinanzdirektion Magdeburg
Der Oberfinanzpräsident Herr E. Stollberg**

vom 26.09.2006

Zur Abgabe von Steuern und zur Legalitätsfrage der BRD,
antwortete mit persönlicher Unterschrift:
Der Oberfinanzpräsident Herr E. Stollberg

Zitat, Seite 3 von 4:

Ein Staat im völkerrechtlichen Sinne benötigt auch keine Verfassung, wie immer dieser Begriff verstanden werden mag. Auch wenn Staaten Diktaturen sind, wie die meisten Staaten der Erde, die eine Verfassung nicht besitzen oder, wenn sie sie der Form nach besitzen, sich in der Praxis nicht danach richten, spricht die Staatengemeinschaft derartige Staaten niemals die Staatseigenschaft ab. Es ist aber die Staatengemeinschaft, die sowohl in Form völkerrechtlicher Verträge als auch in Form des Völkergewohnheitsrechts mit ihrer Praxis das Völkerrecht schafft. Ob die dabei geschaffenen Regeln den politischen Vorstellungen, Wünschen und Werte entsprechen, die in der Bevölkerung oder in Teilen derselben bestehen, ist eine anderer - politische, nicht völkerrechtliche - Frage.

Auch wenn aus diesem Grunde ist es im Ergebnis unerheblich, ob das Grundgesetz eine Verfassung in dem von Ihnen definierten Sinne ist und ob es Staatsgebiet und Staatsvolk der BRD überhaupt und hinreichend klar definiert. Benötigt ein Staat schon überhaupt keine Verfassung, so hat ein Regelungskomplex (*Grundgesetz*), der als Verfassung oder Ähnliches verstanden wird, auch keinerlei erforderlichen Mindestinhalt.

Ebenso ist es für die Existenz eines Staates im völkerrechtlichen Sinne unerheblich, ob er legal, in Übereinstimmung mit oder unter Verstoß gegen innerstaatliche oder auch völkerrechtliche Normen entstanden ist. Die Staatengemeinschaft akzeptiert auch Staaten, die auf völkerrechtswidrige oder sonstige rechtswidrige Weise entstanden sind, als ihr zugehörig. Da auch hier wieder die Staatengemeinschaft durch Praxis das Völkerrecht schafft, ist dies geltendes Völkerrecht.

Schließlich sind auch keine völkerrechtlichen Regeln dahingehend erkennbar, dass ein Staat irgendeiner historischen oder sonstigen Legitimation bedürfe. Welche Staatsidee einem Gebilde zugrunde liegt, ob er historisch gewachsen ist, ob er sich etwa als Nationalstaat begreift oder sich anders legitimiert, ist der deutschen Völkerrechtsgemeinschaft nach alledem ebenso gleichgültig wie die Legalität seiner Entstehung.

Nach alledem ist es für die Frage, ob die BRD völkerrechtlich ein Staat ist und an Ihrem Wohnort Staatsgewalt über Sie ausüben darf (*Erheben von Steuern*), unerheblich, ob sie auf legale oder legitime Weise in diese Position gelangt ist.

Der Argumentation, die Bundesrepublik bestehe nicht, statt dessen bestehe das Deutsche Reich weiter, zugrunde liegende und grundlegende völkerrechtliche Rechtsfehler bestehen darin, überhaupt zu prüfen, ob die Inanspruchnahme des Staatsvolkes und des Staatsgebietes durch die BRD unter ihrer Gewalt, wie sie es zurzeit tut, rechtmäßig zustande gekommen ist. Für eben diese Frage interessiert sich die deutsche Staatengemeinschaft und mit ihr das Völkerrecht nicht. Das Völkerrecht orientiert sich noch weniger als an der Rechtsordnungen daran, wie etwas hätte sein sollen, und noch weniger daran, wie es ist.

Anmerkung:

Diese Antwort besagt:

“Wir, das Bundesrepublik Deutschland dürfen alles, weil es dem deutschen Volk egal ist. Legal oder Illegal interessiert niemanden, solange wir (BRD-Regime) die Gewalt ausüben können.”

Merke! Das Verwaltungsorgan Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteien-Diktatur.



Die gewagtesten Erklärungsversuche zur Situation in Deutschland

1.) Warum ist "Deutschland" noch heute in der UN Charta unter der Feindstaatenklausel gelistet?

Antwort: Ralph Rotte, Institut für Politische Bildung, RWTH Aachen, Oktober 2004

Zitat:

"... Letztlich beruht die Fehlinterpretation der Feindstaatenklausel damit auf dem immer wieder vorgebrachten angeblichen Fehlen eines Friedensvertrages der Siegermächte mit Deutschland.

... daß die Feindstaatenklausel betreffend Deutschland, seit 1990 endgültig obsolet und ihre Entfernung aus der Charta zwar systematisch wünschenswert, aber letztlich redaktioneller Natur ist."

2.) Welcher Rechtsgrundlage verwendet das Finanzamt Waldshut-Tiengen zur Erhebung von Steuern, wenn das GG seit 17.07.1990 mit Wirkung zum 18.07.1990 keinen Geltungsbereich hat?

Antwort: Finanzamt Waldshut-Tiengen Außenstelle Bad Säckingen, Herr Pokalsky vom 28.10.2005.

Zitat:

"Zwar sei Art. 23 GG aF. wohl als Ausfluß der Eilbedürftigkeit und Hektik des Wiedervereinigungsprozesses aufgehoben worden und folglich bei Wirksamwerden des Beitrittes am 03.10.1990 das Grundgesetz nicht mehr in Geltung gewesen. Dies werde aber zu Recht als unerheblich angesehen."

3.) Warum sind die Adler im Reisepaß des Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich gestaltet?

Antwort: Bundesdruckerei November 2006

Zitat:

"**Aus technischen Gründen ist dies nicht anders machbar.** Für die Gestaltung des Reisepasses ist das Bundesministerium des Inneren zuständig."

Antwort: Bundesministerium des Inneren, Christian Almes, Dezember 2007

Zitat:

"Der auf dem Reisepaß befindliche Bundesadler wurde ursprünglich als Muster für Zierschmuck mit sechs Schwingen (Gefieder) entworfen. Dagegen zeigen die einzelnen Seiten des Reisepasses sowie der Personalausweis den Bundesadler mit sieben Schwingen (Gefieder). Der Bundesadler wird also nicht nur in einer Form geführt, deren Vielfalt bereichert die in ihnen zum Ausdruck gebrachte Präsenz des Staates."



**Die Schulklasse 9D lernt im zweiten Band
die Wahrheit über**

- die EU-Verfassung

- Berufsverbände (Handels- und Handwerkskammern)

- Berufsgenossenschaften

- etc.

**und wie das Bundesrepublik Deutschland
Ihre garantierten Menschenrechte (30 Artikel) bricht.**

Definition Menschen

Im germanischen Sprachgebrauch setzt sich „Menschen“ zusammen aus den germanischen Wörter „mens“ (*Geist, Bewußtsein, Verstand*) und aus „chen“ der *Verkleinerungsform*. Zusammengesetzt handelt es sich um „kleiner Geist, kleines Bewußtsein, kleiner Verstand“.